

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 7 38. Jg.

13. Febr. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Ronniger, Berlin N 24, Eisasserstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. -- Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideite-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz.**

Aufruf

für die Neuwahl der Betriebsvertretungen im Jahre 1925.

Wie alljährlich sind auch im Jahre 1925 die Neuwahlen der Betriebsräte einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten *Februar, März* durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des Afa-Bundes ist zu diesem Zweck

ein Termin zu bestimmen,

an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Januar 1924 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen; maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42, 43 BRG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1925 gebildet worden sind, legen nicht nieder, sondern bleiben im Amte. Ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1924 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61, 62 BRG. (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften, für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht. Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Neuwahlen sind sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll, Seite 419, 420, außerdem enthalten in der Betriebsrätezeitung 1923, Seite 32 und der Gewerkschafts-Zeitung Nr. 1, 1925, Seite 11). Hiernach ist genau zu verfahren.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flatow, Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.)

Nunmehr frisch ans Werk! Schwere Zeiten des passiven Widerstandes, der Inflation und der Kämpfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit liegen hinter uns, neue schwere Kämpfe stehen uns bevor.

Ehrensache der Arbeiterbewegung muß es sein, daß kein Betrieb, für den eine Betriebsvertretung zuständig ist, ohne dieselbe

ist. Nur so sind die Rechte der Arbeiter und der Angestellten zu wahren und zu sichern. Die Neuwahlen müssen zur Gewinnung der noch nicht den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter und Angestellten ausgenutzt werden. Denn ohne starke Gewerkschaften kann keine Betriebsvertretung erfolgreich arbeiten und

ohne starke Gewerkschaften gibt es überhaupt keinen Kollektivismus und keine Arbeiterrechte.

Nur starke Gewerkschaften gewährleisten die Macht der Arbeiter. Die Unternehmer sind mächtig am Werke. Ihre Presse veranstaltet Umfragen über die Bewährung der Betriebsräte. Das Ergebnis ist eine Ehrung der Betriebsräte, denn die Unternehmer stellen betäubt fest, daß die Betriebsräte sich nicht für den Profitinternationalismus gebrauchen ließen. *Aber die Unternehmer sind hartnäckig.*

Teile und herrsche ist ihre Parole. Sie wollen die Betriebsvereinbarung und die Werksgemeinschaft, um die Gewerkschaften und die Tarifverträge zu zerschlagen und für diese Zwecke glauben die Unternehmer die Betriebsräte mißbrauchen zu können.

Das ist ihnen noch nicht gelungen und das wird ihnen auch nicht gelingen. Die Kommunistische Partei arbeitet wie überall, so auch hier den Unternehmern in die Hände; die kommunistische Betriebszellenpolitik kommt den Unternehmerabsichten entgegen, wie ja immer die Kommunisten durch die Zerschlagung der Einheit der Arbeiterbewegung die Unternehmergeschäfte besorgen. *Diesen beiderseitigen Angriffen müssen die Arbeiter und die Angestellten die Parole:*

Einigkeit macht stark!

entgegenstellen.

Die Betriebsrätewahlen 1925 müssen unter dem Zeichen der freigewerkschaftlichen Ziele und Forderungen stehen. In diesem Jahre finden die

Gewerkschaftskongresse des Afa-Bundes und des ADGB.

statt, die Betriebsvertretungen und die Belegschaften aller Betriebe müssen hinter diesen Kongressen stehen, alle Arbeiter und alle Angestellten müssen den freien Gewerkschaften angehören.

An die Arbeit! Die Betriebsvertretungsneuwahlen 1925 müssen unter der Parole: Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften! geführt werden.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Papierene Versprechen.

Von Mercurius.

Seit einiger Zeit kann man in Deutschland ein neues Ansteigen der Preise beobachten. So haben unter anderem wichtige Rohmaterialien im Preise merklich angezogen. Diese Preisveränderungen scheinen eine neue Teuerungswelle auslösen zu wollen. Die erhöhten Rohstoffpreise werden selbstverständlich zunächst Preisverteuerungen in der ganzen verarbeitenden Industrie hervorrufen, die sich dann auf den Verbrauch durch erhöhte Preisspannen und Verdienstsparnen, also in bedeutend erhöhten Kleinhandelspreisen auswirken müssen. Das bedeutet vor allem eine weitere Verringerung des Reallohnes der Arbeiter, Angestellten und Beamten, weiter aber auch eine Reduzierung des Warenabsatzes und der Warenausfuhr. So wird eine neue Teuerungswelle unbedingt neue Absatzschwierigkeiten schaffen, die die gegenwärtig wütende Absatzkrise wesentlich verlängert. Angesichts dieser Entwicklung fragt man sich,

was die neue Regierung tun will, um diesen Gefahren zu begegnen?

Die deutsche Wirtschaftspolitik hat seit Jahren in schlechten Händen gelegen. Jene Kräfte, die sich um sie bemühten, waren nicht von der besten Qualität und nicht ausreichend, die Probleme zu meistern. Der ganze Verlauf der Wirtschaftskrise im Jahre 1924 beweist das. Wir erinnern nur an die glorreichen Leistungen des Reichsernährungsministers Kanitz, der durch die bekannte Getreideausfuhr- und Getreidepreissteigerungspolitik die Agrarkrise in Deutschland in einer höchst stümperhaften Weise zu lösen versuchte, die den Phantasiauswüchsen eines Anfangsschülers einer landwirtschaftlichen Winterschule entsprach. Dieser Graf Kanitz, den man als jungen Mann des Landbundes betrachten kann, ist für diese Wirtschaftspolitik höchst bezeichnend. Und doch stehen der Regierung viele Mittel zur Verfügung, der Preisübersetzung in Deutschland Einhalt zu tun. Das wird nicht nur von erfahrenen Wirtschaftsleuten betont. Wir haben ja selbst im Frühsommer 1924 erlebt, daß

durch Einschränkung spekulativer Kredite, also durch höchst materielle Mittel, die Preise auf ein erträgliches Maß gebracht werden konnten. Von dieser Politik hat man leider abgelassen; denn sie erforderte von dem deutschen Unternehmertum Opfer, und dieses Unternehmertum war eben nicht bereit, sie zu bringen. Damals setzte man anstelle dieser Politik, die in überraschend kurzer Zeit wesentliche Erfolge erzielte, „Verbilligungsaktionen“. In der gegenwärtigen Regierung sitzen heute noch zwei Männer, die diese „Verbilligungspolitik“ eingeleitet haben: Es sind der bereits erwähnte Reichsernährungsminister Graf Kanitz, der, als er die Steigerung der Getreidepreise ermöglichte, den Gewerkschaften das Versprechen gab, die notwendigen Preiskorrekturen vorzunehmen, damit die erhöhten Erzeugerpreise nicht von der bereits überlasteten Verbraucherschaft getragen werden müßten und der Mann, der heute an der Spitze des Kabinetts steht, Dr. Luther. Dieser hat als Reichsfinanzminister zwei Steuerreformen durchgeführt, mit dem Ziel, durch eine

Erleichterung der Steuerlasten, besonders durch eine Reduzierung der Umsatzsteuern usw. die Warenpreise zu ermäßigen. Seitdem sind Wochen und Monate ins Land gegangen: Die Belastung der Produktion ist merklich verringert worden, aber die Preise und die Profite sind merklich gestiegen. So haben sich die Lutherischen „Verbilligungsaktionen“ als Mittel herausgestellt, die ohne Wirkung geblieben sind. Was Graf Kanitz den Gewerkschaften versicherte und was Dr. Luther durch eine gefügige Presse in Deutschland verbreiten ließ, nämlich die Prognose, die Warenpreise im Interesse einer Belebung der Wirtschaft zu ermäßigen, erwiesen sich als papierne Versprechungen, als ein wortreicher Appell an Unternehmer- und Händler, das die neuen Profite einstrich und jetzt die Preise wieder einmal heraufzusetzen im Begriff ist. Es muß festgestellt werden, daß Herr Kanitz überhaupt keinen Versuch gemacht hat, das Versprechen, eine Preiskorrektur herbeizuführen, einzulösen, und daß sich die Lutherischen Verbilligungsaktionen als ein unwahres Evangelium erwiesen haben.

Gesiegt hat also jenes kurzzeitige Unternehmertum, das um einen augenblicklichen Profite willen tatsächlich die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auf das Spiel setzte. Gegen diese Interessenten hat sich die vorletzte Regierung immerhin gewehrt. Aber die Furcht vor den mächtigen Interessentengruppen in der Wirtschaft war so groß, daß schließlich in der Wirtschaftspolitik der Kurs des Unternehmertums, der Profitkurs, gesteuert wurde. Bei dem gegenwärtigen Kabinett wird dem deutschen Unternehmertum das Spiel noch leichter fallen, vor allem in der Preisfrage. Man hat zwar an einigen Orten die Preise für Milch und Fleisch ein wenig gesenkt. Das geschieht, um den neuen Akteuren des deutschen Unternehmertums in der neuen Regierung die Auftrittsszenen leichter zu gestalten und die deutschen Agrarier wissen, in wohlverstandenen Interesse, was sie ihren Leuten schuldig sind. Sie können das Spiel um so eher mitemachen, da sie die Gewißheit haben, daß diese Preisreduzierungen nicht von langer Dauer sein werden. Gerade die Art und Weise, wie den deutschen Reedern Kredite zur Verfügung gestellt werden, wie großzügig die neue Regierung die Schadenersatzfrage für die rheinisch-westfälische Schwerindustrie aus den Mincunlasten geregelt hat, und wie den Landwirten auf neue Steuern und Kreditzurückzahlungen gestundet werden, beweist, daß sich die deutsche Privatwirtschaft auf die Regierung, die ja ihre Regierung ist, verlassen kann. Diese Regierung wird auch gegenüber der kommenden Teuerungswelle keinen Finger rühren. Wir sehen das schon daran, daß in vielen Industriebranchen Preiserhöhungen durchgesetzt werden, die völlig unverständlich sind. Wir erinnern nur an die letzte Steigerung der Papierpreise und an die letzten Erhöhungen der Warenpreise in der metallverarbeitenden Industrie. Diese Passivität vermittelt den Eindruck, daß man sich im Reichswirtschaftsministerium absolut nicht mehr die Mühe macht, überhaupt noch nach einer Berechtigung für solche Preissteigerungen zu forschen, und daß man die Preisprüfungsstellen jeden Grades praktisch außer Kraft gesetzt hat. Das geschieht in einem Augenblick, wo in allen Ländern ernste Maßnahmen eingeleitet werden, die Preise zu senken. Nur Deutschland erlaubt sich den Luxus einer neuen Teuerungswelle. Was helfen uns Handelsverträge und was hilft uns die sprichwörtliche Tüchtigkeit des deutschen Arbeiters, wenn unsere Preise, die an und für sich schon sehr hoch sind, weiter gesteigert werden? Niemand wird deutsche Ware, wenn sie auch noch so gut ist, kaufen, wenn er zu billigeren Preisen annähernd gleich gute Ware wo anders erstehen kann! Die Tatsache, daß der deutsche Export kaum die Hälfte der deutschen Ausfuhr im Jahre 1913 ausmachte, während die Einfuhr sich bedenklieh weiter steigert, muß unbedingt zu denken geben. Raffen wir uns nicht endlich auf, um einer neuen Verteuerungswelle Einhalt zu tun, so gehen wir einer Riesenkatastrophe entgegen, für die das deutsche Unternehmertum und seine unfähige Regierung die Schuld tragen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Obgleich Deutschland geldwirtschaftlich stabilisiert ist, braucht man kein Pessimist zu sein, um klar zu erkennen, daß die Basis eines gesunden Aufbaues noch lange nicht erreicht ist. Jegliche Handlung der In- und Auslandspolitik der jeweiligen Regierung ist mit starken Schwankungen unseres Wirtschaftslebens verbunden. Den Stand dieser Krisen und die ihnen ergebenden Tagesfragen schlaglichtartig zu beleuchten, soll in folgendem unsere Aufgabe sein.

1. Kreditaffären.
2. Die Ruhrentschädigung.
3. Das Problem der Aufwertung.
4. Die deutschen Wirtschaftsverhandlungen.
5. Aus der Kallindustrie.

1. Kreditaffären.

Vergleicht man Spielhagens „Sturmflut“ mit der Neuzeit, so ist man erstaunt über die große Ähnlichkeit beider Zeitperioden. Es gab also schon zu allen Zeiten geschäftstüchtige Kaufleute, denen ein großes Risiko lieber war als ein kleiner Nutzen. Nur daß heute diese Affären parteipolitisch ausgeschlachtet werden, um den lieben Wählern immer die Verderbtheit der anderen Seite zu beweisen. Entkleidet man sämtliche Fälle vom Zeitungsklatsch, so bleibt Kreditbetrug und Bestechung übrig. Kreditbetrug läßt sich in den meisten Fällen fühlen, aber schwer beweisen. Dazu werden Sachverständige gebraucht, von denen jeder seine eigene Meinung hat. Das ergibt die Grundlage eines Gutachtens, mit dem dann meistens der Staatsanwalt nichts anzufangen weiß. Bestechung wird schwer bestraft, darum bedient man sich ihrer manchmal eines Strohmannes, der dann Gehalt weiterbezieht. Es wird also bei allem tüchtigem Suchen und groß aufgeblasenem Apparat sehr wenig herauskommen. Aber das war ja auch nicht der Zweck der Übung, sondern es galt durch wochenlange Hetze auch dem kritischsten Menschen die Vorstellung zu suggerieren, als ob eine ungeheuerliche republikanische Korruptionswirtschaft entdeckt worden sei, mit der Hoffnung, daß doch etwas hängen bleiben möchte. Betrachten wir die andere Seite, die Betrogenen, so müssen wir uns daran erinnern, daß diesen staatlichen Anstalten während der Inflation mangelnder Geschäftsgeist vorgeworfen wurde. Das haben sich die Herren Regierungsräte zu Herzen genommen und bei passender Gelegenheit die gewagtesten Kreditgeschäfte mitgemacht. Sie waren sich nur nicht klar, was ein ordentlicher Kaufmann unter genügend Deckung versteht und was ein Gefälligkeitsakzept ist. Und so scheint mir, daß ihre Schuld die größere ist, denn ohne diese Fehler hätte eben so etwas nicht passieren können.

2. Die Ruhr-„Entschädigung“.

Hausebewegung auf dem Montan- und Kuxenmarkt, das war das Zeichen unter dem die Börsianer in den letzten Wochen des Januar ihre Geschäfte abwickelten. Die Ursache dieser Bewegung war die Einigung zwischen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und der neuen Regierung über den Ersatz der im Ruhrkampf auf Grund der Mincunverträge entstandenen Schäden. Es war die erste große Tat der Rechtsregierung, diese Schäden vorbehaltlos anzuerkennen, stillschweigend 645 Millionen Rentenmark auszahlen und sich zu amüsieren, was der Reichstag nebst Ausschüssen nun zu tun gedenkt, nachdem das Geld schon ausgegeben ist. Zugegeben, daß das Reich entschädigungspflichtig ist, denn es ist unbillig den Ruhrkampf nur einem Teil seiner Wirtschaft aufzubürden, aber wer entschädigt die anderen Opfer des Abwehrkampfes, die Kleinindustrie, die ausgewiesenen Beamten und die Arbeiter? Wer hat so vorbildlich schnell gearbeitet, und wer hat die Ansprüche für richtig befunden? Es gibt wohl keinen dehnbaren Begriff wie eine Schadensfestsetzung, außerdem wo bleiben die aufgeregten Leute, die jeden Beamten der Republik mit Barmat in Verbindung bringen wollten oder sind sie nur so aufgeregt, wenn es sich um die andere Seite handelt, wo doch diese verfassungswidrige „Entschädigung“ dem Steuerzahler mehr als hundert Barmat- und Kutsker-Affären kostet. Aber das spielt unter der neuen Ara keine Rolle. Geld ist da, das ist zwar nicht das Verdienst der Regierung die es ausgibt; jedoch ihre Pflicht ist es, die treuen Helfer des Wahlkampfes zu unterstützen. Den Wink wird die Landwirtschaft verstehen, vielleicht wird ihr mit einer weiteren Prolongation ihrer Rentenmarkkredite gedient sein oder mit einem Entgegenkommen in der Zollfrage, vielleicht Brotpreiserhöhung; wir werden ja sehen.

3. Das Problem der Aufwertung.

Fast alle sind an der Aufwertung mehr oder weniger interessiert, doch die wenigsten wissen, wie weit das Aufwertungsproblem gediehen ist. Es ist gänzlich unmöglich dieses Problem zu erfassen, wenn man sein Werden nicht von Anfang an verfolgt hat. Die Aufwertung wurde unter der Regierung Marx aktuell. Damals war Dr. Luther noch Reichsfinanzminister. Er war gegen jegliche Aufwertung und begründet das, indem er die verlorenen Guthaben als nachträgliche Kriegsschulden bezeichnet und die Gewinne aus der Inflation wegsteuern wollte. Dagegen erhob sich ein allgemeiner Entrüstungssturm der Gläubiger, der den Anstoß zur dritten Steuernotverordnung gab. Diese dritte Steuernotverordnung wurde auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 erlassen und gab im § 64 der jeweiligen Reichsregierung das Recht, Durchführungsverordnungen zu dieser Verordnung zu erlassen. Es wurde aufgewertet: 15 Prozent von Vermögensanlagen, die bis zum 1. Januar 1918 erworben waren, von denen die nachdem erworben waren 15 Prozent des jeweiligen Dollarstandes des Erwerbstitages in Gold. Das war die dingliche Aufwertung, deren Zah-

lung nach dem 1. Januar 1932 zu erfolgen hat. Durch einen Reichsgerichtsentscheid wurde die persönliche Aufwertung (über 15 Prozent) nur auf Familienhypothesen, Erbbauhypothesen und Restkaufgelder ausgedehnt, die bis zum 31. Dezember 1924 bei den zuständigen Aufwertungsstellen zu beantragen war. Diese Durchführungsbestimmungen wurden trotz des Reichsjustizministeriums von verschiedenen Kammergerichten als ungültig erklärt. Ebenso erging es den Durchführungsbestimmungen zur Aufwertung von Versicherungspolice, die selbst das Reichsgericht nicht anerkannte. Das dritte war, daß der Reichsfinanzhof München in einer Entscheidung vom 5. Januar 1925 die Durchführungsverordnung zum § 19 der dritten Steuernotverordnung nicht anerkannte und so den Reichspräsidenten veranlaßte, auf Grund des Artikels 48 der Verfassung alles für rechtsgültig zu erklären, um der Rechtsunsicherheit ein Ende zu bereiten. Daran kehrte sich der Reichsfinanzhof nicht, weil er diese Notverordnung als eine Überschreitung der Machbefugnisse des Reichspräsidenten ansah. Infolgedessen macht heute jede Aufwertungsstelle was sie will und der vom Reichstag eingesetzte Aufwertungsausschuß weiß nicht, was er machen soll. Es ist ein vollständiger Wirrwarr, keiner weiß was wird, vielleicht greift das Reichsgericht ein oder es gibt einen neuen Gesetzentwurf. Von Bedeutung ist für uns nur der § 5 der dritten Steuernotverordnung; die persönliche Aufwertung, d. h. die Aufwertungsstelle sieht sich die Vermögensverhältnisse des Gläubigers und des Schuldners an, taxiert das Objekt und wertet nach Gutdünken auf, das kostet allerdings Beamte. Jedenfalls sind alle Hoffnungen über 20 bis 25 Prozent übertrieben und die Versprechungen der Rechtsparteien werden sich beim nächsten Wahlgang bitter rächen.

4. Die deutschen Wirtschaftsverhandlungen.

Bekanntlich hörte die handelspolitische Vorzugsbehandlung, die das Deutsche Reich laut Versailler Vertrag den alliierten und assoziierten Regierungen einräumen mußte, am 10. Januar 1925 auf. Es ist nun unsere größte Aufgabe, das handelspolitische Verhältnis zu den wichtigsten Hauptmächten neu zu regeln. Denn ohne wirtschaftliches Übereinkommen mit diesen Ländern würden die Höchsttarife beim Gütertausch zur Anwendung kommen, was praktisch den Handelskrieg bedeutet. Daß ein solcher Zustand weder im Interesse Deutschlands noch seiner Nachbarstaaten liegt, ist ohne weiteres klar.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht der deutsch-französische Handelsvertrag. Sind doch beide Länder wirtschaftlich mehr aufeinander angewiesen, als sie zugeben möchten. Denn deutsche Kohle und französische Erze liegen gewissermaßen benachbart an den beiderseitigen Grenzen; jedes der Länder bedarf der Erzeugnisse des anderen, um seine Schwerindustrie lebensfähig zu erhalten. Sehen wir auf der einen Seite die kleinliche Rentenpsychologie der Franzosen, ihre Angst sich auf ihren Lorbeeren nicht ausruhen zu können und auf der anderen die Gedanken der deutschen Schwerindustrie, durch hohe Eisenzölle sich in dem sicher kommenden internationalen Eisenkartelle eine gute Stellung mit Hilfe eines Eisenmonopols für Deutschland zu schaffen, so erkennen wir die Schwere der Verhandlungen. Wir erkennen aber auch den hemmungslosen Egoismus der deutschen Eisenindustrie, denn hohe Eisenzölle bedingen Zölle für die landwirtschaftlichen Produkte und damit eine Minderung der innerdeutschen Kaufkraft. Die weiterverarbeitende Eisenindustrie wird in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht, was ihre Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen würde. Alles in allem, die schönsten Ansätze zur Hochschutzzpolitik, die rückständige Industriezweige noch nie zur Blüte verholfen hat. Eine gänzlich kurzzeitige Wirtschaftspolitik aus Betriebsegoismus, der nicht davor zurückschreckt, den staatlichen Unterhändlern in den Rücken zu fallen.

5. Aus der Kallindustrie.

Zur Vorgeschichte sei bemerkt, daß sämtliche Kallbergwerke Deutschlands im Kallindikat fest vereinigt sind. Kraft der Monopolstellung des deutschen Kali in der Vorkriegszeit konnte das Syndikat die Preise nach dem unrentabelsten Werke festsetzen und um den schnelleren Abbau einzelner Werke vorzubeugen, wurden die Kallaufträge durch ein bestimmtes Quotensystem auf die verschiedenen Werke verteilt. Durch diese Maßnahmen wurden den Besitzern der Kallwerke die fettesten Renten und den Leitern der Bergwerke ein gemächliches Dasein garantiert, da ja alle Gewinne in einen Topf kamen. Durch den Friedensschluß wurden die Kallbergwerke des Elsaß zu Frankreich geschlagen, außerdem hat man im Auslande verschiedene Kalllager, so daß es mit der deutschen Monopolstellung vorbei ist. Um konkurrenzfähig zu bleiben, mußten die Preise herabgesetzt werden, was durch eine Reorganisation des Produktionsganges und durch Gewinnschmälerung zuerst dem Wintershall-Konzern gelang. Er konnte

seine Preise einstweilen um 40 Prozent herabsetzen und rief damit die schärfste Opposition der anderen Syndikatsmitglieder hervor. Diese gruppierten sich um den stärksten Opponenten, den Salzdetfurth-Konzern, in dessen letzter Generalversammlung der Vorsitzende Dr. Salomonson wichtige Ausführungen über die Lage in der Kalifindustrie machte. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß seinem Konzern es gelungen ist, die Quote der Mansfelder Unternehmungen (25,7 Tausendstel) für 12 Millionen Rentenmark zu erwerben. Damit wäre die Majorität im Kalisyndikat gesichert, während der Wintershall-Konzern nur 44,5 Prozent repräsentiere. Somit ist also der Kampf zugunsten Salzdetfurth entschieden und die Preisgestaltung und Kalipolitik des Syndikats wird unter seinem Zeichen stehen. Der Standpunkt des Wintershall-Konzerns ist Gründung von Mammutfabriken mit 50 bis 60 Tausend Doppelzentnern Produktionskapazität, Stilllegung aller unrentablen Schächte und starker Preisunterbietung auf dem Weltmarkt. Das bedeutet zwar eine Verbilligung der Produktionskosten der Landwirtschaft, aber auch eine erhöhte Arbeitslosigkeit. Ob der Antiblock innerlich so gefestigt ist, daß er die Majorität behält ist ungewiß, vielleicht einigt man sich auf einer mittleren Basis, wie im französisch-deutschen Kaliabkommen, wo den französischen Werken ein Drittel der Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes zugesprochen wurde.

Erka.

Staatsauffassung.

Die Scheidung zwischen rein gewerkschaftlichen und rein politischen Aufgaben und Problemen der Arbeiterbewegung ist zweifellos überlebt. Politik und Wirtschaft greifen heute so ineinander über, daß politische und gewerkschaftliche Organisation sich in den Grenzgebieten ihres engeren Tätigkeitsfeldes ständig berühren. Deshalb erscheint es notwendig, auch einmal die Frage der Staatsauffassung, d. h. die Einstellung der Arbeiterbewegung zum Staate, an dieser Stelle kurz zu behandeln. Oft haben wir in den letzten Jahren in der deutschen Gewerkschaftspresse davon gelesen, doch immer nur als von einem durchaus geklärten Begriff, über den Meinungsverschiedenheiten gar nicht möglich sind. Dem ist aber nicht so und die Ereignisse der letzten Zeit haben nicht beigetragen, in diesem Punkt Klarheit zu schaffen.

Wenn man alle Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung in Betracht ziehen wollte, gibt es unendlich viele Meinungen über die Staatsauffassung. Man kann vielleicht sagen, jeder Kollege hat eine für sich. Aber darüber kann natürlich nicht diskutiert werden; wesentlich für uns sind vor allem die zwei entgegengesetzten Pole der vollständig verneinenden und der positiv bejahenden Einstellung zum Staate. Die von den Kommunisten verfochtene verneinende Auffassung geht von dem Gesichtspunkt aus, daß der Staat erst bejaht werden kann, wenn er in der Macht des Proletariats, d. h. des kommunistischen Proletariats sei. Der bejahenden Einstellung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften liegt der Gedanke zugrunde, daß mit dem Umsturz dem Proletariat in Deutschland neue Wege eröffnet wurden, die im Interesse der Arbeiterklasse begangen werden müssen.

Für die Gewerkschaftsbewegung und die von ihr zu leistende praktische Tagesarbeit ist die letztere Anschauung ohne Zweifel die einzig anwendbar. Aber damit soll nicht gesagt sein, daß es hier keine Begrenzung gebe. In verschiedenen Kreisen der Bewegung ist nun durch den nunmehr ermöglichten, aber im kapitalistischen Gesellschaftsleben nur begrenzt wirksamen Einfluß im Staate eine „staatspolitische“ Gesinnung aufgekommen, die in mehr als einer Hinsicht bedenklich erscheint. So wie bei den Kommunisten in Sowjetrußland aus dem sonst verneinten Staate plötzlich ein Idol wird, sehen wir hier die Tendenz mit der Erringung der politischen Demokratie, den Staat als unseren Staat zu betrachten und seine Notwendigkeiten den Notwendigkeiten der Arbeiterbewegung voranzustellen. Man überschätzt dabei meines Erachtens, genau wie in Rußland, den Einfluß der Staatsmacht auf die Gestaltung des Gesellschaftslebens.

Diese Überschätzung der Demokratie in Deutschland ist eigentlich kein Wunder. Die Rückständigkeit des alten Staates und die weit verbreitete Unterschätzung des tatsächlich Erreichten ließen sich nur zu leicht aufkommen. Deswegen aber wird die Gefahr, die eine solche Einstellung für das geistige Leben der Bewegung und damit auch für deren Aktion mit sich bringt, nicht geringer. Noch ist die Demokratie in Deutschland über den Grundbegriff nicht hinausgekommen, noch liegt eine soziale Einstellung des Staates in weiter Ferne, und noch kann nur der entschiedene Klassenkampf — der Realpolitik nicht ausschließt, sondern erfordert — die Richtschnur der Arbeiterbewegung sein.

Rolf Reventlow.

Von der Sozialversicherung.

Die sich mehrenden Klagen und Beschwerden über den Versuch des „Abbaues der Sozialversicherung“ lassen erkennen, daß recht wirklichkeitsfremde Gesichtspunkte bei der Erörterung dieser Fragen zu einer unsachlichen Stellungnahme führen. Man erschöpft sich in politischer Tagesarbeit zur Lösung solcher „sozialen“ Fragen und predigt dazu, daß das Gebot der Stunde „die Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung“ sei.

Daß die Kapitalisten jeden Pfennig, den sie für sozialpolitische Zwecke ausgeben, vorher vom Lohn abziehen, sollte man doch nach den schweren Erfahrungen der letzten Jahre noch nicht vergessen haben, und man findet so den Kampf um diese „Fürsorge“ doch recht belanglos.

Wenn man den Aufwand für die Sozialversicherung, der zur Zeit etwa 1610 Millionen Reichsmark jährlich beträgt mit den Leistungen dieser Behörden vergleicht, so stellt man fest, daß ein sehr großer Teil durch die bürokratische Riesenarbeit dieses Apparates verschlungen wird. Selbstverständlich ist es, daß auch die Ausgaben, die die Unternehmungen für diese Arbeit haben, auch aus dem Lohnsatz genommen werden. Wer weiß, daß alle Aufwendungen für die Sozialversicherung restlos aus diesem Lohnsatz entnommen werden, für den ist es auch ganz gleichgültig, daß von diesen 1610 Millionen 880 Millionen direkt vom Arbeiter und 730 Millionen auf dem Umwege über den Unternehmer bezahlt werden. Wir sollten uns alle merken, daß der Staat doch nichts weiter geben kann, als was er vorher durch eine sehr anfechtbare Methode von den Arbeitenden eingezogen hat nach Abzug der sehr großen Aufwendungen für den dazu nötigen Beamtenapparat.

Viel wirksamer wäre der Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zur Lösung der sozialen Frage überhaupt, dadurch, daß man durch Boden-, Geld- und Währungsreform das arbeitslose Einkommen, bestehend aus privater Grundrente, Geldzins und Spekulationsgewinne endgültig beseitigt und damit das Recht auf den vollen Arbeitsertrag endlich restlos verwirklicht.

R. P.

Der Reichstarif für die Buchdruckereihilfsarbeiter neu abgeschlossen.

Nach den Tarifverhandlungen der Buchdrucker sind infolge erfolgter Tarifkündigung durch die Hilfsarbeiter auch die Hilfsarbeiter im Januar zu neuen Tarifverhandlungen gekommen, die einen Neuausschluß des Tarifes gebracht haben. Da die Anträge der Tarifparteien überstürzt weit auseinander gingen, waren sehr schwierige Verhandlungen zu erwarten. Es ist den Hilfsarbeitern auch nicht gelungen, in freier Verhandlung mit den Vertretern des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu einer Einigung zu kommen, weshalb das Zentralschlichtungsamt angerufen wurde, um über Lohnfestsetzung, Ferienbestimmungen und Benutzung der Arbeitsnachweise zu entscheiden.

Am 22. Januar trat das Zentralschlichtungsamt zusammen, das am 25. Januar zum Spruch kam, der am 24. Januar Gegenstand erneuter Verhandlungen war. Die getroffene Vereinbarung bringt eine teilweise Veränderung der Prozentsätze, die den Tariflohn der Hilfsarbeiter insofern ausmachen, da er von dem Tariflohn der Buchdrucker der C-Klasse errechnet wird. Da damit die Tariflöhne der Hilfsarbeiter aus dem Spitzenlohn der Buchdrucker errechnet werden, sind bei den meisten Gruppen die Prozentsätze verringert worden. Die Verringerung der Prozentsätze bringt aber keine Verringerung der Tariflöhne, sondern, wie aus einer Tabelle in der „Solidarität“ ersichtlich ist, für einige Gruppen der ledigen Hilfsarbeiter und für Anlegerrinnen eine Erhöhung. Der Lohnunterschied zwischen Ledigen und Verheirateten, der im Gehilfenlohn beseitigt worden ist, besteht ebenfalls nicht mehr bei dem Hilfspersonal. Mit dem 28. Februar tritt eine allgemeine Erhöhung der Tariflöhne des Hilfspersonals ein, da mit diesem Tage sich der Spitzenlohn der Buchdrucker um 2 Mark erhöht.

In der Ferienfrage verbleibt es nach dem Schiedsspruch bei dem bisherigen Zustande, nur der Stichtag ist auf den 1. August verlegt worden. Im Übrigen werden die Änderungen des Buchdruckerlohnstarifs sinngemäß in den Hilfsarbeitertarif übernommen.

Der Vorstand des Hilfsarbeiterverbandes hat zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen und nach längerer Beratung den Tarif in seiner neuen Fassung anerkannt. Da auch die Unternehmer dem Verhandlungsergebnis zugestimmt haben, sind die neuen tariflichen Bestimmungen ab 31. Januar 1925 Gesetz geworden, das bis 28. Februar 1926 Gültigkeit hat.

Mehr geistige Regsamkeit!

Fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit hängt nicht nur von einer guten Organisation der Berufsarbeiter, von richtiger Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Situation, guter Führung und gefüllter Gewerkschaftskasse ab, sondern nicht zuletzt von der Anteilnahme, die die Gewerkschaftsmitglieder an der Arbeit ihrer Organisation nehmen. Sind die Mitglieder einer gewerkschaftlichen Vereinigung sich bewußt, daß sie der Verband sind und ihr Denken und Tun die Geschichte ihrer Organisation ausmacht, dann ist es um ihre Organisation gut bestellt, denn dann hat der in der Gewerkschaftsbewegung so oft anzutreffende Gedanke: Auf mich kommt es nicht an, keinen Raum und jedes Mitglied fühlt sich verpflichtet, an dem Geschick seiner Organisation größten Anteil zu nehmen.

Trotzdem in unserem Verbands nicht davon gesprochen werden kann, daß ein loses Organisationsverhältnis sein Stempel sei, ist doch die tätige Anteilnahme aller Mitglieder an den Arbeiten nicht so, wie es eigentlich verlangt werden muß. Auch in unserem Verbands ist zu verzeichnen, daß in verschiedenen Mitgliedschaften die Veranstaltungen des Verbandes nicht so besucht werden, wie es fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit verlangt. Selbst wichtige Entscheidungen vermögen die Mitglieder nicht auf ihren Posten zu rufen. Als Beispiel sei nur auf die Urabstimmungen verwiesen, die nie über 50 Prozent der Mitglieder auf die Beine zu bringen vermochten.

Ganz abgesehen davon, daß ein solches Verhalten der Kollegen wenig dafür spricht, daß alle Kollegen ihre Mitgliedsrechte in Anspruch nehmen, ist es auch ein Beweis dafür, daß nicht das geistige Leben im Verbands wieder vorhanden ist, daß fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit durchpulsen muß. Auf das geistige Leben kann der Verband aber nicht verzichten, wenn er die ihm gestellten Aufgaben lösen will. Die Verbandsleitung mußte deshalb darauf Bedacht nehmen, in dieser Beziehung anregend zu wirken, was durch die in der Woche vom 8. bis 15. Februar stattgefundenen Versammlungswoche eingeleitet sein soll.

Die Kollegen sind durch ihre Mitgliedschaftsverwaltungen zu den angesetzten Versammlungen geladen worden, über deren Verlauf noch eingehend berichtet wird, und haben die Darlegungen ihres Referenten über „Unsere organisatorische und berufliche Zukunft“ gehört. Aber damit darf es nicht sein Bewenden haben! Tagtäglich steigen neue organisatorische und berufliche Fragen auf, die die Kollegen zu einer Stellungnahme zwingen. Hinzu kommt noch, daß im Sommer dieses Jahres der Verbandstag zusammengetreten wird, der für die nächsten Jahre den Kurs des Verbandes bestimmen muß. Soll der Verband sein, was die Kollegen mit Recht von ihm verlangen, dann müssen die Kollegen dafür sorgen, daß der Verband das auch sein kann. Denn der Verband sind die Kollegen! Wollen die Kollegen den Verband so ausbauen, daß er ihnen auch rechter Schutz und Schirm in allen Lebenslagen ist, dann müssen die Voraussetzungen dafür auch recht erwogen werden. Denn von nichts kommt nichts. Handeln ohne vorher zu denken kann aber nicht zweckmäßig sein. Nicht nur die Verbandsarbeit, sondern die Gewerkschaftsarbeit überhaupt soll zweckmäßiges Handeln sein. Denn die Gewerkschaftsarbeit ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, einer sinnvollen Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft die Wege zu bereiten.

Die Versammlungswoche, die nun hinter dem Verbands liegt, sollte in erster Linie dazu dienen, die Kollegen zu tätiger gewerkschaftlicher Arbeit anzurufen und dadurch die Organisation zu festigen. Was durch die Versammlungen an Anregung gegeben worden ist, muß fortwirken, damit in unser Verbandsleben ein Geist einzieht, der nicht nur anregt, sondern anziehende Kräfte ausstrahlt. Gehören die Berufsarbeiter auch fast restlos unserer Organisation an, so sind doch noch immer einige vorhanden, die organisationsfähig sind, aber dem Verbands nicht angehören. Auch auf diese Kollegen kommt es im Ernstfalle an. Es gilt deshalb auch sie als Verbandsmitglieder zu werben. Aber Hauptsache ist, daß ein regeres geistiges Leben im Verbands einzieht, das alle wirtschaftlichen, beruflichen und organisatorischen Geschehnisse aufgreift und sie entsprechend verarbeitet. Das Streben aller muß sein, intensivsten Anteil an dem zu nehmen, was den Verband bewegt. Geschiedet das, dann kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß im Verbands nichts geschieht, was nicht vorher von allen Kollegen reichlich durchdacht ist. Solches geistiges Leben aber muß sein, wenn der Verband den gestellten Ansprüchen gerecht werden soll.

Einigkeit in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung?

Wie vom Internationalen Gewerkschaftsbund mitgeteilt wird, fanden am 21. und 22. Januar in Prag Beratungen von Vertretern der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen und der deutschen Gewerkschaftskommission statt, bei denen Genosse Oudegeest, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den Vorsitz führte. Die Besprechungen hatten die Frage des Zusammenschlusses der deutschen und tschechoslowakischen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei zum Gegenstand.

Nach ausführlichen Besprechungen wurde ein Entwurf für ein Übereinkommen ausgearbeitet, das der kommenden Verschmelzung zugrunde gelegt werden soll. Es wurde einstimmig das Prinzip des IGB. gutgeheißen, wonach in jedem Staat nur eine Landeszentrale bestehen soll. Wird dieser Grundsatz allgemein gutgeheißen, so sollen auf einer anfangs April stattfindenden Sitzung weitere Einzelheiten geregelt werden. Die Teilnehmer der Konferenz zeigten sich über die vorläufig erzielten Resultate sehr befriedigt. Durch die Verhandlungen wurde der Weg zur Erzielung einer Einheit gebahnt.

Wir begrüßen die Bemühungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auch in der Tschechoslowakei den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß in jedem Staat nur eine gewerkschaftliche Landeszentrale bestehen soll. Denn hat dieser Grundsatz erst Geltung bekommen, dürfte die Zusammenführung der tschechoslowakischen und deutschen Verbände nicht mehr unmöglich sein. Wir haben dem organisatorischen Zusammenschluß unserer deutschen und tschechoslowakischen Kollegen in der Tschechoslowakei immer das Wort geredet, sind aber verschiedentlich nicht richtig verstanden worden. Worauf es uns ankommt ist, auch in der Tschechoslowakei die organisatorische Einheit unserer Kollegen

zu schaffen. Gelingt der Versuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Einheit in der Tschechoslowakei herbeizuführen, dann müßte auch erneut der Versuch gemacht werden, die Kollegen der Tschechoslowakei zur gewerkschaftlichen Einheit zu bringen.

Vom Büchertisch.

1917, Die Lehren der Revolution. Von Leo Trotzki. Mit Vorwort von Dr. Paul Levi. E. Laubsche Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30, Gleditschstr. 6. Preis kartoniert 1,- Mk.

In den letzten Monaten mehren sich die Nachrichten aus Sowjet-Rußland, die von einer neuen Krise der bolschewistischen Ideologie kündigen. Wie erbittert der Meinungsstreit unter den russischen Machthabern ist, erhellt die Tatsache, daß Leo Trotzki, der Schöpfer der russischen roten Armee und Vorkämpfer einer Abkehr von der Starrheit bolschewistischer Wirtschaftsmethoden, von seinen sämtlichen Posten entsetzt und zur Wiederherstellung seiner nach dem Urteil der Gesundheitskommission „von der rauhen Moskauer Luft“ angegriffenen Gesundheit nach dem russischen Süden verbannt wurde.

Ausgelöst wurde dieser Hieb gegen Trotzki von dem Erscheinen seines Werkes „1917, Die Lehren der Revolution“, dessen zum Verständnis der Vorgänge in Rußland wichtigste Kapitel nunmehr in deutscher Übersetzung vorliegen. Diese sind insofern von historischer Bedeutung, als sie eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen den streng marxistischen Anschauungen Trotzki und seiner Anhänger und der bolschewistischen, asiatischen Travesie des Marxismus darstellen, wie sie von Sinowjew, Kamenev und Stalin, dem Triumvirat der russischen Volkskommissare, vertreten werden. Trotzki gibt in seinem neuen Geschichtswerk, das sofort nach seinem Erscheinen in Rußland verboten und dessen Ausfuhr ins Ausland unterdrückt wurde, eine eingehende, auf quellengläubiger Darstellung beruhende Skizze der Ereignisse, die zur bolschewistischen Revolution des Oktober 1917 führten. Vor allem stellt Trotzki die Rolle aller der bolschewistischen Führer ins rechte Licht, die, wie Sinowjew und andere, vor den Oktober-Ereignissen 1917 nicht scharf genug warnen konnten, die sogar als Protest gegen die dennoch durchgeführte Erhebung Lenins und Trotzki ihre Ämter in der bolschewistischen Partei niederlegten und monatelang die Rückkehr zu einem demokratisch-republikanischen System predigten, während sie heute in echt opportunistischer Art den Marxismus in der russischen Tschecha und in der Abdrosselung jeder Art unregelmittelter Betätigung erblicken.

Das Buch gehört zweifellos zu den bedeutendsten geschichtspolitischen Werken der letzten Zeit, nicht allein seines Autors wegen, sondern mehr noch wegen der für die ganze Welt ungeheuer

wichtigen Fragen, die es behandelt und die auch dem russischen Rat der Volkskommissare als von so schwerwiegender Bedeutung erschienen, daß er zwar Trotzki's Buch unterdrückte, aber eine Gegenschrift in tausenden Exemplaren in alle Welt verbreiten ließ. Für die Veröffentlichung der vorliegenden Kapitel aus dem Werke Trotzki gebührt dem Verlage zweifellohn Dank.

Die Gewerkschaften im Ruhrkampf. Von Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14. Preis: Ganzleinen gebunden 5,75 Mk., broschiert 4,75 Mk.

Führer und Soldaten sehen im Kriege immer nur Einzelhandlungen, erst nachträglich läßt sich ein Bild des Ganzen gewinnen und feststellen, ob die getroffenen Maßnahmen, der Geist und die Haltung richtig oder falsch gewesen sind.

Der Imperialismus Frankreichs einerseits und andererseits die Haltung der deutschen Industrie, welche das Primat im Staate erlangen, aber diesen Staat bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen in keiner Weise unterstützen wollte, mußten zu der katastrophalen Ruhibesetzung führen. Poincaré konnte dadurch den Anschein erwecken, nur die deutsche Industrie zur Erfüllung zwingen zu wollen und es der Zukunft überlassen, ob dabei auch seine politischen Früchte reifen würden. Er mußte sich aber damit begnügen, die Industrie durch die Micumverträge zu fassen, die Einheit Deutschlands zu zerstören gliederte ihm nicht, trotz der mittelbaren Hilfe der Separatisten und der Partikularisten. Zum zweiten Male seit 1918 hatten die Gewerkschaften die deutsche Einheit gerettet. Das erste Mal bei dem Kappstuch und das zweite Mal bei der Durchführung des passiven Widerstandes. Jedemal in einer chaotischen Situation blieben die Führer der Gewerkschaften nüchtern und kühl. Sie kämpften mit Erfolg für die deutsche Einheit, für die Freiheit der deutschen Arbeiter, für Republik und Demokratie, ganz auf sich gestellt, gegen eine Welt von gleichgültigen Schichten und Feinden. Die Bedeutung der nationalen Arbeit der Gewerkschaften trat dabei überaus hervor und gleichzeitig ergab sich die begrenzte Wirkung der internationalen Bündnisse. Ebenso ergibt sich, welche Schwierigkeiten durch mangelnde Erkenntnis in den eigenen Reihen, zum Beispiel bei der Ruhrhilfe, entstehen könnten.

Die Arbeit von Erdmann über die verantwortungsvolle und im Effekt erfolgreiche Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften während des passiven Widerstandes wird von der Geschichte gewürdigt werden. Dieses Verantwortungsbewußtsein in entscheidender Zeit ist ein historisches Verdienst von bleibender Bedeutung, das freilich weder von den Gegnern des „Marxismus“ (dieses politischen Kinderschrecks) noch auch von den Arbeitern selbst gewürdigt worden ist.

Diese positive Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften zum Staate, welche bisher die Einheit Deutschlands gesichert hat, werden auch die Gegner auf die Dauer nicht leugnen können.

Diese erste umfassende Geschichte des passiven Widerstandes ist zum Studium sehr zu empfehlen.

Wegen Vergrößerung unseres Offsetbetriebes tüchtige

Umdrucker und Maschinenmeister

(auch für Rollenoffset) zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht.
Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Wir suchen einen tüchtigen

UMDRUCKER

(Fertigmacher) für Stein und Zink sowie einen tüchtigen

MASCHINENMEISTER

für Merkantil und Buntdruck in gut bezahlte Stellung. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnangaben an
Schaar & Dathe, Akt.-Ges., Trier.

erstklassiger, für Photolitho gesucht. Musterarbeiten, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche an
L. van Leer & Co., 19 Rustenburgerstr., Amsterdam.

MASCHINEN-RETUSCHEURE

»NUR ERSTE KRÄFTE SUCHT«

WALTER ARTUS

WANDSBECK/HEG

JENFELDERSTRASSE 9

Tüchtige Zink-Retuscheure

für Strich, mit Farbauszügen bestens bewandert, werden unter günstigen Bedingungen eingestellt. Angebote mit Lohnforderungen und Angabe des frühesten Eintrittstermins an
Dr. Selle & Co. A.-G., Graphische Kunstanstalten, Berlin SW. 29, Zossener Straße 55.

Ia Positiv-Retuscheure

für erstklassige Maschinenretusche, werden eingestellt. Angebote unter Angabe des frühesten Eintrittstermins und Lohnforderung an
Dr. Selle & Co. A.-G., Graphische Kunstanstalten, Berlin SW. 29, Zossener Straße 55.

TÜCHTIGE

Auto-Ätzer

für Farben und Schwarz

Offsetätzer, Positivretuscheure Strichätzer, Perf. Nachschneider Metallretusch., Galvanoplastik.

zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht. Gustav Heß, Kilscheffabrik, Abtlg. der Bauerschen Gießerei, Frankfurt a. M., W. 13

Einige Notenstecher

bei guten Bedingungen für angenehme Dauerstellung per sofort gesucht
Berliner Musikalien-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 16-17

Ia Retuscheure Ia Farbätzer und Strichätzer

in angenehme, dauernde Stellung gesucht. Gehaltsansprüche mit Mustern erbeten.
Ankarstrand, Inh. Mengel & Jung, Breslau 13, Moritzstraße 19.

Wir suchen:

Positivretuscheure, Autoätzer

jüngere und ältere beste Kräfte
Dr. v. Löbbecke & Co., Erfurt.

Wir suchen zum sofortigen Antritt in gut bezahlte Dauerstellung in allen vorkommenden Arbeiten durchaus perfekte

Stein- und Offset-Maschinenmeister.

Bewerbungen und Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an
Flemming-Wiskott Akt.-Ges., Glogau.

jüngere tüchtige

NACHSCHNEIDER

für Netz und Strich sofort gesucht.
Brend'amour, Simhart & Co., München, Nymphenburgerstraße 20.

Offsetdrucker

für feinste, mehrfarbige Industriearbeiten in gut bezahlte Dauerstellung für Ende Februar für unsere neue „Kleinod“ gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten an
Hoffmann & Reiber, Görlitz.

Maschinenretuscheure Farbätzer, Autoätzer

für Qualitätsarbeiten geeignet, suchen in dauernde und angenehme Stellung.
Böhme & Co., Kommand.-Ges., Magdeburg.

Tüchtige Maschinenretuscheure

suchen zum baldigen Eintritt
Meisenbach, Riffarth & Co. A.-G., Berlin-Schöneberg.

Wir suchen für Druck von Postkarten und kleineren Blättern in Radierungen einen tüchtigen

Kupferdrucker

Gefl. Offerten mit Ansprüchen an
H. Rubin & Co., Dresden-Blasewitz.

Tüchtige Schrift-Lithographen

für Merkantil zum sofortigen Eintritt für dauernde Stellung gesucht
Heinrich Hede, Graph. Kunstanst. Barmen.

Wir suchen tüchtige, selbständige, ältere

Auto- und Farbätzer

in Dauerstellung.
J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig, Helmstedter Str. 32

Tüchtige Retuscheure Zeichner

(die evtl. auch selbst entwerfen können)
Fräser und Xylographen
sofort gesucht. Gefl. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Altersangabe an
Ludwig Kriegbaum, Nürnberg, Maxfeldstraße 34.

Tüchtige Auto- und Strichätzer

sofort gesucht. Gefl. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Altersangabe an
Ludwig Kriegbaum, Nürnberg, Maxfeldstraße 34.

Fachliteratur! Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle

Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,50 O.-Mark.
Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.

